

Landkreis
Pfaffenhofen a.d.Ilm

Pfaffenhofen a.d.Ilm, 05.12.2022

Niederschrift

über die Sitzung des Werkausschusses Abfallwirtschaft öffentlicher Teil

am Mittwoch, den 23.11.2022 um 14:30 Uhr
im großen Sitzungssaal des Landratsamts Pfaffenhofen (3. Stock)

Anwesend sind:

Weitere Stellvertreterinnen des Landrats

Schnapp, Kerstin

Vertretung für Herrn Albert Gürtner

CSU

Russer, Manfred
Stanglmayr, Erna
Vogler, Albert
Westner, Anton

SPD

Herschmann, Andreas

GRÜNE

Dörfler, Roland
Ettenhuber, Norbert

BL

Kaindl, Gabi

AfD

Robin, Josef

Verwaltung

Beck, Gerhard
Müller, Elke
Reisinger, Walter
Schlosser, Ursula
Wischmeier, Katja

Entschuldigt fehlen:

Landrat

Gürtner, Albert

entschuldigt

Stellvertreter des Landrats

Huber, Karl

entschuldigt

FW

Erl, Erich

entschuldigt

Heinzlmair, Peter

Vertretung für Herrn Erich Erl (entschuldigt)

Müller, Ernst

Vertretung für Herrn Herbert Nerb (entschuldigt)

Nerb, Herbert

entschuldigt

Sterz, Manfred

unentschuldigt

SPD

Herker, Thomas

entschuldigt

Keck, Christian

Vertretung für Herrn Thomas Herker (entschuldigt)

ÖDP

Skoruppa, Stefan, Dr.

unentschuldigt

Die Stellvertreterin des Landrats Frau Kerstin Schnapp eröffnet die Sitzung um 14:30 Uhr. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Mit der Tagesordnung besteht Einverständnis. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Frau Kerstin Schnapp begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Vertreter der Presse.

Tagesordnung

1. Gründung eines Abfallvermeidungsnetzwerks
2. Halbjahresbericht -1. Halbjahr 2022-
3. Jahresabschluss 2022; Prüfungsauftrag für die Jahresabschlussprüfung (§25 EBV)
4. Neufassung der Abfallentsorgungsgebührensatzung (AbfEGS);
5. Vereinbarung über die Errichtung, Bereitstellung, den Unterhalt und die Sauberhaltung von Containerstandplätzen (Wertstoffinseln) für die Glas- und Weißblecherfassung
6. Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb von Wertstoffhöfen (zentrale Sammelinrichtungen) und Grüngutsammelstellen
7. Durchführung Ramadama im Frühjahr
8. Abfallwirtschaftssatzung (AbfWS); Klarstellung der Aufgabenübertagung an den Zweckverband MVA Ingolstadt (Empfehlungsbeschluss für den Kreistag)
9. Bekanntgaben, Anfragen

Top 1 Gründung eines Abfallvermeidungsnetzwerks

Sachverhalt/Begründung

Für nachhaltigen Klimaschutz im Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm und den gewissenhaften Umgang mit Ressourcen, ist die Vermeidung von Abfall eines der wichtigsten Themen.

Mit dem Aufbau und der Etablierung eines Netzwerkes zu Abfallvermeidungsstrategien kann der Landkreis seine Verantwortung sichtbar für die Bürger*innen annehmen und Privathaushalte und Gewerbetreibende bei der Reduzierung bzw. Vermeidung von Abfall unterstützen.

Zur Zusammenführung verschiedener, am Thema Abfallvermeidungsstrategien, interessierter Agierende (diverse Initiativen und Vereine aus dem Landkreis und der Stadt Pfaffenhofen) wird das Engagement durch ein gemeinsames Netzwerk angestrebt. Die Ziele sind Kooperation, Strukturierung und Bündelung dieser unterschiedlichen Kompetenzen und Aktivitäten in gemeinsamen Projekten sowie die breitenwirksame Öffentlichkeitsarbeit zur Aufklärung der Bürger*innen und ihrem nachhaltigen Konsumverhalten. Gewerbetreibende sollen motiviert werden, nachhaltig, ressourcenschonend und plastikfrei zu produzieren.

Das Netzwerk zu Abfallvermeidungsstrategien ist aktuell mit einer Laufzeit von ca. zwei Jahren geplant und soll grundsätzlich durch eine 520-Euro-Kraft in puncto Planung, Umsetzung und Projektfortschritt organisiert werden.

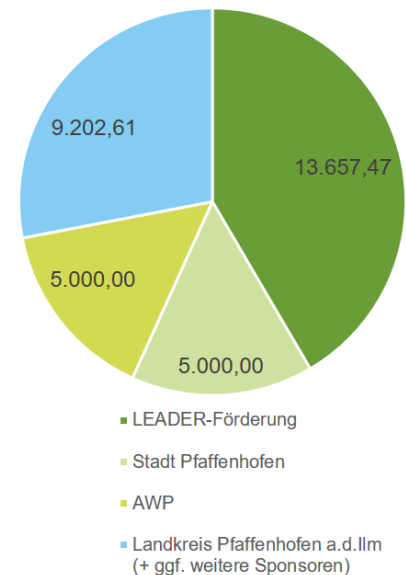
Unterstützt werden soll das Netzwerk durch mindestens zwei öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen und mindestens fünf jährliche Treffen zum Erfahrungsaustausch zwischen den Netzwerkmitgliedern.

Im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ist eine zentrale Online-Plattform notwendig, um die Bevölkerung über bestehende Angebote und geplante Aktionen und Projekte zu informieren und zur Partizipation einzuladen. Aber auch Ansprechpartner und Erfahrungen können hier aufgezeigt werden. Auch gemeinsame Druckerzeugnisse der Beteiligten (Flyer, Plakate etc.) sind geplant.

Beim vorliegenden Projekt handelt es sich um ein Einzelprojekt, es wird mit einem LEADER-Fördersatz von 50 Prozent der förderfähigen Nettokosten geplant. Beiliegende Aufstellung gliedert die einzelnen Projektbestandteile und hinterlegt diese mit den voraussichtlichen Kosten. Die Gesamtkosten für das Projekt werden mit ca. 33.000 Euro beziffert.

Finanzierung

Inhalt / Position	Beschreibung	Kosten	
		einzel	gesamt
Technik			
Homepage	• Erstellen einer Netzwerkplattform		12.614,00
	• Unterhalt und Hosting (24 Monate)	24 x 12,50 €	300,00
Projektmanagement			
Netzwerk-Koordination	520-€-Kraft (24 Monate)	24 x 689,42 €	16.546,08
Netzwerk-Treffen	Auftaktveranstaltung		400,00
	• Keynote	160,00	
	• Workshop Ideen / Netzwerkgründung	240,00	
	regelm. Netzwerktreffen 5 x / Jahr		1.500,00
	• jedes zweite Treffen mit Fachvortrag		
	• je Vortrag durchschnittlich 240€	1.200,00	
	• Nachhaltiger Moderationskoffer	140,00	
	• Führung durch Klimaladen; 2 UE	160,00	
Öffentlichkeitsarbeit			
Bürger-Veranstaltungen	Bürgerveranstaltungen publik (2 x)		1.500,00
	• Konzeptionierung Flyer	360,00	
	• Satz & Druck 1.500 Flyer	180,00	
	• Referenten und Workshops	960,00	
		Summe	32.860,08



vorauss. LEADER-Förderung: 50 Prozent der Nettokosten
 (abzüglich Kosten für Unterhalt der Homepage)

Der Werkausschuss nimmt den Vortrag zur Kenntnis

Top 2 Halbjahresbericht -1. Halbjahr 2022-

Sachverhalt/Begründung

Gem. § 19 EBV und § 7 Abs. 5 Betriebssatzung erstattet die Werkleitung halbjährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich Bericht.

Die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen lässt sich am anschaulichsten durch Vergleich mit den entsprechenden Vorjahreszahlen des Erfolgsplanes darstellen, wobei die Vergleichszahlen auf denselben Zeitraum abzugrenzen sind, wie die berichtspflichtigen Zahlen des laufenden Jahres.

Nicht sämtliche Erträge und Aufwendungen sind darzulegen, sondern nur die wesentlichen. Die Berichtspflicht beschränkt sich dabei auf die Entwicklung der Umsatzerlöse, der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, der Personalaufwendungen sowie der Zinsen. Die Posten können nach Menge und Wert beschrieben und mit den entsprechenden Vorjahres- und Planzahlen verglichen werden. Erhebliche Abweichungen sind zu erläutern.

Die Abwicklung des Vermögensplanes beschränkt sich auf die Darstellung der Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Haushaltsplanung des AWP auswirken. Zu berichten wäre also, wenn Gewinnabführungen, Konzessionsabgaben etc. oder Zuweisungen des Landkreises zur Eigenkapitalaufstockung oder zum Verlustausgleich von den Planansätzen abweichen würden.

Beschluss:

Der Werkausschuss nimmt den Halbjahresbericht 2022 zur Kenntnis.

Top 3 Jahresabschluss 2022; Prüfungsauftrag für die Jahresabschlussprüfung (§25 EBV)

Sachverhalt/Begründung

Gem. § 5 Abs. 3 Ziff.2 der Betriebssatzung des Abfallwirtschaftsbetriebs bestellt der Werkausschuss den Prüfer für den Jahresabschluss. Die Abschlussprüfung kann von einem Wirtschaftsprüfer, von einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder von einer Landesprüfungsbehörde durchgeführt werden.

Die Prüfungen der letzten Jahre wurden vom Bayerischen kommunalen Prüfungsverband (BKPV) durchgeführt.

Der BKPV weist unserer Ansicht nach die größte Erfahrung bei Unternehmen der öffentlichen Hand (u.a. Eigenbetrieben) auf. Insbesondere hat der BKPV viele vergleichbare Unternehmen (hoheitlich und gewerblich) zu prüfen und kann daher wertvolle Hilfen bieten.

Es wird daher vorgeschlagen den Bayerischen kommunalen Prüfungsverband für die Jahresabschlussprüfung 2022 zu beauftragen.

Beschluss:

Mit der Abschlussprüfung des Jahresabschlusses 2022 wird der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) beauftragt

Anwesend:	10
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

Top 4 Neufassung der Abfallentsorgungsgebührensatzung (AbfEGS);

Sachverhalt/Begründung

In der Werkausschusssitzung vom 30.09.2019 wurden die Gebührensätze für den Zeitraum 2020 bis 2022 festgelegt. Nach Ablauf dieses Zeitraums müssen die Gebühren ab 01.01.2023 neu kalkuliert werden. Gem. Art. 8 Abs. 6 Satz 1 KAG wurde ein Kalkulationszeitraum von 3 Jahren (2023 – 2025) gewählt.

Nach Art. 8 Abs. 2 Satz 1 KAG soll das Gebührenaufkommen die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ansatzfähigen Kosten decken. Da für die Abfallentsorgung Benutzungszwang besteht, soll das Gebührenaufkommen die ansatzfähigen Kosten nicht übersteigen (Art. 8 Abs. 2 Satz 2 KAG).

Zu den ansatzfähigen Kosten gehören insbesondere die Betriebskosten im engeren Sinn (Personal- und Sachkosten), die Kosten der Verwaltung und Unterhaltung sowie angemessene Abschreibungen und die kalkulatorischen Zinsen für das Anlagekapital, nicht jedoch Investitionskosten.

Nach Art. 8 Abs. 6 Satz 2 KAG sind Kostenüber- bzw. Kostenunterdeckungen, die sich am Ende des Bemessungszeitraums ergeben, innerhalb des folgenden Kalkulationszeitraums auszugleichen. Unter Berücksichtigung des für das Jahr 2022 voraussichtlich zu erwartenden Ergebnisses führt dies zu einer Gesamtunterdeckung von 1,442 Mio € zum 31.12.2022. Diese Unterdeckung wurde in den neuen Kalkulationszeitraum eingestellt.

Kostenvorschau:

Bei einer sachgerechten Kalkulation der Gebührensätze sind alle ansatzfähigen Kosten ordnungsgemäß zu ermitteln und durch die Summe der Maßstabseinheiten zu teilen.

Die Ermittlung künftiger in einer Vorkalkulation ansatzfähiger Kosten schließt eine Reihe von Schätzungen, Prognosen, Wertungen, Überlegungen und Entscheidungen mit ein. Dabei ist neben der örtlich festzustellenden gesonderten Kostenentwicklung (z.B. Auswirkungen der Veränderungen des Anlagevermögens auf die kalkulatorischen Kosten oder Auswirkungen des Personalstands auf die Personalkosten) insbesondere bei einer mehrjährigen Kalkulation der Gebührensätze auch die allgemeine Kostensteigerung zu berücksichtigen.

Kalkulatorische Kosten:

Zu den nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen in der Gebührenkalkulation ansatzfähigen Kosten gehört neben angemessenen Abschreibungen von den Anschaffungs- und Herstellungskosten auch eine angemessene Verzinsung des Anlagekapitals (Art. 8 Abs. 3 Satz 1 KAG). Die kalkulatorischen Zinsen wurden nach der sog. Halbwertmethode ermittelt. Es wurde ein Zinssatz von 2,5 % zugrunde gelegt.

Kalkulatorische Kosten	2023	2024	2025
Abschreibungen	668.420	695.750	711.330
Zinsen	97.152	94.926	96.064

Personal- und Sachkosten:

Es wurden jährlich geringfügig steigende Personal- und Sachkosten angesetzt.

Die seit dem ersten Halbjahr 2022 verstärkten Preissteigerungen für Energie- und Erzeugerpreise erschweren eine zuverlässige Kostenvorschau erheblich. Sollten sich während des Kal-

kulationszeitraums erhebliche Abweichungen zur Prognose einstellen, sollte die Verwaltung eine vorzeitige Unterbrechung des Kalkulationszeitraums prüfen.

Auswirkungen des geänderten Umsatzsteuergesetzes

Zum 01.01.2023 endet nach § 27 Abs. 22 UStG der Übergangszeitraum für die steuerliche Behandlung juristischer Personen des öffentlichen Rechts nach dem Umsatzsteuerrecht in der am 31.12.2015 geltenden Fassung und § 2b Abs. 3 UStG entfaltet seine Wirkung auch auf Entgelte aus der interkommunalen Zusammenarbeit.

Für den AWP könnten sich insbesondere Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit den Gemeinden beim Betrieb von Wertstoffhöfen aber vor allem bei der Zusammenarbeit mit dem ZV MVA Ingolstadt ergeben. Zum Zeitpunkt der Kalkulation war noch nicht absehbar, ob der ZV MVA Ingolstadt die Leistungen an seine Mitglieder der Umsatzsteuer unterwerfen muss und in welcher Höhe ggf. Vorsteuerabzüge beim ZV gegengerechnet werden können. Die im Raum stehende CO₂-Abgabe für Müllverbrennungsanlagen wurde aufgrund des frühen Stadiums des Gesetzgebungsverfahrens geringfügig angesetzt. Es wurde daher insgesamt eine Steigerung von 20 % angesetzt.

Erlöse bei der Verwertung:

Die Wertstoff Erlöse waren im letzten Kalkulationszeitraum starken Schwankungen unterworfen. Eine verlässliche Prognose über die Entwicklung dieser Erlöse war auch für die nächsten Jahre schwierig durchzuführen. Es wurden daher die erwarteten Ergebnisse 2022, die sich gegenüber 2021 zwar wieder deutlich verbessert haben, aber noch weit unter den Erlösen früherer Jahre liegen, ohne Änderungen fort.

Nach Abzug der Erlöse und des Ausgleichs der Kostenüberdeckung verbleiben folgende Kosten, die in den Gebührenbedarf einzustellen sind:

Jahr	2023	2024	2025	Gesamt
Kosten abzgl. Erlöse	10.481.872	10.859.792	11.677.394	33.019.058
zuzügl. Ausgleich Unterdeckungen 2020 – 2022	480.828	480.828	480.828	1.442.484
Gebührenbedarf bei Kalkulationszeitraum 2023 bis 2025	10.962.700	11.340.620	12.158.222	34.461.541

Ermittlung der Gebührensätze für die Benutzung der Abfallentsorgungseinrichtung

Bei der Festsetzung der Abfallentsorgungsgebühren ist die Anwendung eines Wirklichkeitsmaßstabs praktisch kaum durchführbar. Daher werden in der Praxis sog. Wahrscheinlichkeitsmaßstäbe der Gebührenermittlung zugrunde gelegt. Die Kalkulation sieht vor, die entstehenden Kosten linear auf die Größe und Anzahl der verwendeten Restmüllgefäße sowie nach der maximal möglichen Häufigkeit ihrer Leerungen zu verteilen Dieser sog. Gefäßmaßstab ist von der Rechtssprechung als geeigneter Wahrscheinlichkeitsmaßstab für die Abfallgebühr anerkannt. Ausgehend von der gegenwärtigen Anzahl der verwendeten Müllgefäße bei der Restmüllentsorgung und der Häufigkeit der Leerungen pro Jahr wurde das jeweilige Jahresleerungsvolumen ermittelt. Im Kalkulationszeitraum wurde angenommen, dass das Leerungsvolumen geringfügig zunimmt.

Es ist auch zulässig, sonstige Entsorgungsleistungen über die sog. Restmüllgebühr zu finanzieren. Von dieser Möglichkeit machen wir bei der Gestellung zusätzlicher Papiertonnen Ge-

brauch. Aufgrund der derzeit vergleichsweise hohen Verwertungserlöse ergäben sich hier zudem so geringe Gebühren, dass ein separater Gebührensatz nicht im Verhältnis zum Verwaltungsaufwand für dessen Erhebung stünde.

Gebührensätze

Die Gebührensatzung sieht vor, dass neben jedem Restmüllbehälter ein Bioabfall- und ein Altpapierbehälter in bestimmten Umfang ohne weitere Gebühr mitgenutzt werden können. Für über diesen Umfang hinausgehende zusätzliche Behälter werden gesonderte Gebühren erhoben, die die verbleibenden zu deckenden Kosten verringern.

Es wurden deshalb die variablen Kosten der Bioabfallentsorgung im Holsystem getrennt und diese wurden durch die jeweils erwarteten Volumina der Bioabfallbehälter geteilt.

Hierfür ergeben sich folgende Gebührensätze:

	monatlich	jährlich	bisher
Gebührensatz für zusätzliche Biobehälter 60 l	4,30 €	51,60 €	46,80 €
Gebührensatz für zusätzliche Biobehälter 120 l	8,60 €	103,20 €	93,60 €

Aufgrund der für den Kalkulationszeitraum ermittelten Kosten abzüglich der erwartenden Einnahmen und dem in diesem Zeitraum erwartenden Gesamtleerungsvolumen ergeben sich folgende Gebührensätze:

	monatlich	jährlich	bisher
Gebührensatz für Restmüllbehälter 80 Liter	14,95 €	179,40 €	141,48 €
Gebührensatz für Restmüllbehälter 80 Liter mit Ermäßigung	11,21€	134,52 €	106,20 €
Gebührensatz für Restmüllbehälter 120 Liter	22,42 €	269,04 €	212,28 €
Gebührensatz für Restmüllbehälter 240 Liter	44,85 €	538,20 €	424,56 €
Gebührensatz für Restmüllbehälter 1100 Liter	205,56 €	2.466,72 €	1.946,04 €
Gebührensatz für Restmüllsack 70 Liter einmalig	6,00 €		4,80 €

Die Gebührenkalkulation für die Jahre 2023 – 2025 errechnet für eine 80l Restabfalltonne (ausreichend für bis zu 5 Personen) eine Erhöhung von 26,8 %. Dies entspricht einem mtl. Betrag von 3,16 €.

Beschluss:

Der Werkausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

Der Landkreis Pfaffenhofen a.d.Ilm erlässt aufgrund des Art. 7 Abs. 2 und 5 Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz (BayAbfG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. August 1996 (GVBl. S. 396, 449, BayRS 2129-2-1-U), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 25. Mai 2021 (GVBl. S. 286) i. V. m. Art. 1 und Art. 8 Kommunalabgabengesetz (KAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 4. April 1993 (GVBl. S. 264, BayRS 2024-1-I) zuletzt geändert durch Art. 10b des Gesetzes vom 10. Dezember 2021 (GVBl. S. 638) folgende

Gebührensatzung

für die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises Pfaffenhofen a.d.Ilm (Abfallentsorgungsggebührensatzung - AbfEGS -)

§ 1 Gebührenerhebung

Der Landkreis Pfaffenhofen an der Ilm erhebt für die Benutzung seiner öffentlichen Abfallentsorgungseinrichtungen nach Maßgabe dieser Satzung Gebühren.

§ 2 Gebührensschuldner

(1) Gebührensschuldner ist, wer die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises benutzt.

(2) ¹Bei der Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem gilt der Eigentümer oder der dinglich Nutzungsberechtigte der an die Abfallentsorgung des Landkreises angeschlossenen Grundstücke als Benutzer. ²Bei der Verwendung von Sammelsäcken für Abfälle zur Verwertung bzw. Beseitigung ist der Erwerber Benutzer. ³Die Abfallentsorgung des Landkreises benutzt auch derjenige, dessen unzulässig behandelte, gelagerte oder abgelagerte Abfälle der Landkreis entsorgt (§ 20 Abs. 1 KrWG, Art. 3 Abs. 1 BayAbfG).

(3) ¹Mehrere Benutzer sind Gesamtschuldner. ²Dies gilt insbesondere für Wohnungs- oder Teileigentümer im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes. ³Der Gebührenbescheid über die gesamte Gebührensfordderung kann an den Wohnungseigentumsverwalter gerichtet werden.

⁴Im Fall des § 15 Abs. 2 Satz 3 der Abfallwirtschaftssatzung, kann der Bescheid über die Gesamtgebühr an den Grundstückseigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten (§ 1 Abs. 7 Abfallwirtschaftssatzung) des Standortgrundstückes des Sammelbehältnisses für Abfälle zur Beseitigung (Restmülltonnen) gerichtet werden.

§ 3 Gebührenmaßstab

(1) ¹Die Gebühr für die Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem als Gesamtgebühr bestimmt sich nach der Zahl und dem Fassungsvermögen der Sammelbehältnisse für Abfälle zur Beseitigung bzw. nach der Zahl der Abfallsammelsäcke. ²Mit der Gebühr für jeweils ein Sammelbehältnis für Abfälle zur Beseitigung mit einem Fassungsvermögen von 80 l, 120 l oder 240 l ist entsprechend der in § 15 Abs. 2 Abfallwirtschaftssatzung geforderten Mindestbehälterkapazität auch die Bereitstellung der jeweils benötigten

Sammelbehältnisse für Papier/Pappe/ Kartonagen mit einem Fassungsvermögen von 240 l - Abfuhr vierwöchentlich - und Sammelbehältnisse für Bioabfall mit einem Fassungsvermögen von 60 l (80 l, 120 l Restmülltonne) bzw. 120 l (240 l Restmülltonne) (§ 14 Abs. 1 Satz 5 Ziff. 1, 2 und 2.1 Abfallwirtschafts-satzung) - Abfuhr vierzehntägig - abgegolten. ³Mit der Gebühr für jeweils ein Sammelbehältnis für Abfall zur Beseitigung mit einem Fassungsvermögen von 1.100 l (Abfallgroßbehälter) ist die Bereitstellung von bis zu zwei Abfallgroßbehältern für Papier/Pappe/Kartonagen mit einem Fassungsvermögen von 1.100 l - Abfuhr vierwöchentlich - und von Sammelbehältnissen für Bioabfall mit einem Fassungsvermögen von 2 St. 120 l - Abfuhr vierzehntägig - abgegolten.

⁴Für weitere Sammelbehältnisse wird nach Maßgabe des § 4 Abs. 2 eine gesonderte Gebühr erhoben. In der Gesamtgebühr enthalten sind ebenfalls alle Leistungen des Bringsystems (derzeitiger Stand siehe Anlage Leistungen im Bringsystem) sowie die gebührenfreie Abgabe von Windelsäcken.

(2) Bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) bestimmt sich die Gebühr nach der Menge der Abfälle und dem tatsächlich anfallenden Aufwand, der dem Landkreis für eine ordnungsgemäße Entsorgung entsteht.

§ 4 Gebührensatz

(1) ¹Die Gebühr für die Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem beträgt bei vierzehntägiger Abfuhr der Sammelbehälter für Abfälle zur Beseitigung und Abfälle zur Verwertung (Bioabfälle) sowie der vierwöchentlichen Abfuhr der Sammelbehälter für Papier/Pappe/ Kartonagen **monatlich** für:

- | | | |
|------------------------------------|---------|------------|
| 1. einen grauen Abfallnormbehälter | 80 l | 14,95 EUR |
| 2. einen grauen Abfallnormbehälter | 120 l | 22,42 EUR |
| 3. einen grauen Abfallnormbehälter | 240 l | 44,85 EUR |
| 4. einen grauen Abfallnormbehälter | 1.100 l | 205,56 EUR |

²Die Gebühr ist auch dann zu entrichten, wenn die Sammelbehältnisse für Abfall zur Beseitigung, Bioabfall oder Papier/Pappe/Kartonagen nicht oder nicht regelmäßig zur Abholung bereitgestellt werden.

(2) ¹Für weitere Sammelbehältnisse im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 4 beträgt die Gebühr **monatlich** für:

1. eine Biotonne 60 l vierzehntägliche Leerung 4,30 EUR,
2. eine Biotonne 120 l vierzehntägliche Leerung 8,60 EUR,

²Die Gebühr nach § 4 Abs. 1 Ziff. 1 kann auf Antrag bei einem anschlusspflichtigen Grundstück, das nur von einer (1) Person zu Wohnzwecken genutzt wird, um ca. 25 % der Gebühr für den 80 l Behälter, auf **monatlich** 11,21 EUR ermäßigt werden.

(3) ¹Die Gebühr für die Abfallentsorgung unter Verwendung von zusätzlichen Sammelsäcken beträgt für:

1. einen Sammelsack für Restabfall (70 l) 6,00 EUR,
2. einen Windelsack (50 l) 0 EUR.

²Für Kinder, die ab dem 01.01.2021 geboren sind, erhalten Eltern bis zur Vollendung des zweiten Lebensjahres der Kinder einmalig zwei (2) Rollen mit je 24 Windelsäcken. ³Pflegebedürftige Personen (In-

kontinenz) erhalten bei Bedarf gegen Vorlage eines ärztlichen Attests eine entsprechende Anzahl Windelsäcke.

(4) ¹Die Kosten für die Entsorgung von unzulässig behandelten, gelagerten oder abgelagerten Abfällen (§ 2 Abs. 2 Satz 3) werden nach dem tatsächlichen Aufwand berechnet.

(5) ¹Die Gebühr für die Entsorgung von selbst angelieferten Abfällen beim Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt/Donau wird vom Zweckverband durch eigene Satzung festgelegt und erhoben.

(6) ¹In den Fällen, in denen eine An-/Abmeldung von Abfallgefäßen aufgrund einer Ausnahmeregelung nach § 6 Abs. 1 Satz 3 AbfWS erfolgt, beträgt die Gebühr für jede An-/Abmeldung für jedes Sammelbehältnis mit einem Volumen von

1. 60 l bis 240 l 15 EUR,
2. 1.100 l 25 EUR.

(7) ¹Die Gebühr für die Aufstellung und Abholung von den nach § 14 Abs. 1 Satz 3, Ziff. 1 bis 4 und Abs. 2 Ziff. 1 bis 4 zugelassenen Sammelbehältnissen auf den anschlusspflichtigen Grundstücken beträgt je Behältnis mit einem Volumen von

1. 60 l bis 240 l 15 EUR,
2. 1.100 l 25 EUR.

je Aufstellung oder Abholung. ²Diese Regelung findet keine Anwendung bei Austausch von defekten Behältnissen, soweit die Beschädigung nicht durch Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit der Anschlusspflichtigen oder der Benutzer herbeigeführt wurde.

§ 5 Entstehen und Wegfall der Gebührenschuld

(1) ¹Bei der Abfallentsorgung im Bring- und Holsystem entsteht die Gebührenschuld erstmals mit Inkrafttreten dieser Gebührensatzung, für später hinzukommende Schuldner erstmals mit Beginn des auf den Eintritt des Gebührentatbestandes folgenden Kalendermonats, im Übrigen mit Beginn eines Kalendermonats; angefangene Kalendermonate gelten als volle Kalendermonate. ²Satz 1 gilt entsprechend, wenn sich die Umstände gemäß § 3 Abs. 1 ändern.

(2) ¹Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von zusätzlichen Sammelsäcken für Abfälle zur Verwertung und Beseitigung sowie von Windelsäcken entsteht die Gebührenschuld mit der Abgabe des Sackes an den Benutzer.

(3) ¹Bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter und abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) entsteht die Gebührenschuld mit dem Abtransport der Abfälle durch den Landkreis.

(4) ¹Die Gebührenschuld endet mit dem Beginn des auf den Wegfall des Gebührentatbestandes folgenden Kalendermonats.

§ 6 Fälligkeit der Gebührenschuld

(1) ¹Die Gebühren für die regelmäßige Abfallentsorgung im Bring und Holsystem sind mit der für das jeweilige laufende Halbjahr entfallenden Gebühr am 15. Februar und 15. Juli eines jeden Jahres fällig, frühestens jedoch einen Monat nach Zustellung eines Gebührenbescheides.

(2) ¹Bei der Abfallentsorgung unter Verwendung von zusätzlichen Sammelsäcken für Abfälle zur Beseitigung und Verwertung sowie von Windsäcken und bei der Entsorgung unzulässig behandelter, gelagerter oder abgelagerter Abfälle (§ 2 Abs. 2 Satz 3) wird die Gebühr mit dem Entstehen der Gebührenschuld fällig.

§ 7 Inkrafttreten

(1) ¹Die Satzung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.

(2) ¹Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung für die öffentliche Abfallentsorgung des Landkreises Pfaffenhofen a.d.Ilm (Abfallentsorgungsgebührensatzung – AbfEGS -) in der Fassung vom 30. September 2019 (Amtsblatt Nr. 26/2019) außer Kraft.

Pfaffenhofen a. d. Ilm, den 12.12.2022

Albert Gürtner
Landrat

Anlage Leistungen im Bringsystem, Stand 10/2022

Leistungen im Bringsystem:

- Entsorgung über die Wertstoffhöfe entsprechend den dort vorhandenen Angeboten wie z. B. Altholz, Altmetall, Glas, Bauschutt in kleinen Mengen, Elektronikschrott, Sperrmüll, gelbe Säcke;
- Grüngutsammelstellen: insbesondere Rasenschnitt, Laub, holzige Gartenabfälle;
- Benutzung der Hausratsammelstelle in Pfaffenhofen
- Problemabfallentsorgung

Anwesend:	10
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

Top 5 Vereinbarung über die Errichtung, Bereitstellung, den Unterhalt und die Sauberhaltung von Containerstandplätzen (Wertstoffinseln) für die Glas- und Weißblecherfassung

Sachverhalt/Begründung

Zum 01.01.2023 tritt § 2b UStG in Kraft und löst damit § 2 Abs. 3 UStG ab. Somit ergeben sich für juristische Personen des öffentlichen Rechts erhebliche Änderungen. Diese Änderungen betreffen natürlich auch den Leistungsaustausch zwischen dem Abfallwirtschaftsbetrieb und den Städten, Märkten und Gemeinden des Landkreises.

Die bisherige Vereinbarung wird wie folgt aktualisiert:

- Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit Nennung der Rechtsgrundlagen
- Aufnahme Umsatzsteuerklausel
- Aufnahme Schiedsklausel

Somit dürfte der Anwendungsbereich des § 2b UStG eröffnet sein und jede Gemeinde muss selbst prüfen, ob die Wettbewerbsgrenze von 17.500 € überschritten wird.

Beschluss:

Der Werkausschuss stimmt dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags bezüglich Errichtung, Bereitstellung, den Unterhalt und die Sauberhaltung von Containerstandplätzen (Wertstoffinseln) in der vorgelegten Fassung zu

Anwesend:	10
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

Top 6 Vereinbarung über die Errichtung und den Betrieb von Wertstoffhöfen (zentrale Sammeleinrichtungen) und Grüngutsammelstellen

Sachverhalt/Begründung

Zum 01.01.2023 tritt § 2b UStG in Kraft und löst damit § 2 Abs. 3 UStG ab. Somit ergeben sich für juristische Personen des öffentlichen Rechts erhebliche Änderungen. Diese Änderungen betreffen natürlich auch den Leistungsaustausch zwischen dem Abfallwirtschaftsbetrieb und den Städten, Märkten und Gemeinden des Landkreises.

Die bisherige Vereinbarung wird wie folgt aktualisiert:

- Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit Nennung der Rechtsgrundlagen
- Aufnahme Winterdienst und Grünpflege
- Aufnahme Umsatzsteuerklausel
- Aufnahme Schiedsklausel
- Erstellung Kostenverzeichnis

Somit dürfte der Anwendungsbereich des § 2b UStG eröffnet sein und jede Gemeinde muss selbst prüfen, ob die Wettbewerbsgrenze von 17.500 € überschritten wird.

Beschluss:

Der Werkausschuss stimmt dem Abschluss eines öffentlich-rechtlichen Vertrags bezüglich Errichtung und den Betrieb von Wertstoffhöfen (zentrale Sammeleinrichtungen und Grüngutsammelstellen in der vorgelegten Fassung zu

Anwesend:	10
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

Top 7 Durchführung Ramadama im Frühjahr

Sachverhalt/Begründung

In den vergangenen Jahren wurde Ramadama im Landkreis Pfaffenhofen immer im Frühjahr (März/April) durchgeführt. Aus Rücksicht auf brütende Tiere bat der Naturschutz um Verlegung des Termins zwischen den 01.10. und 28.02. eines Jahres.

Am 8.10.22 wurde nun Ramadama erstmals im Herbst durchgeführt.

Alle kreisangehörigen Gemeinden wünschen jedoch die Rückkehr zum Frühjahrstermin. Zu hohes Gras an den Straßenrändern erschwerten die Müllsuche, ferner wurde der Müll teilweise schon klein gehäckselt.

Aus naturschutzfachlicher Sicht ist es vertretbar, die „Ramadama-Sperrzeit“ entsprechend zu verkürzen. In der Zeit vom 15.03. bis zum 15.09. eines jeden Jahres, sollten aus Gründen des Vogelschutzes, keine derartigen Reinigungsaktionen stattfinden, da die Gefahr, die erwachsenen Tiere zu vergrämen und damit das Gelege bzw. die unselbstständigen Jungvögel der Witterung bzw. etwaigen Prädatoren ungeschützt auszusetzen, sehr hoch ist.

In der Bürgermeisterdienstbesprechung vom 27.10.2022 wurde sich daher mit den Bürgermeistern geeinigt, dass Ramadama wieder im Frühjahr, spätestens bis zum 15.03. durchgeführt wird.

Der Naturschutz wird die Kommunen jeweils im Vorfeld über Verhaltenstipps sowie sensible Flächen informieren, um potentielle Störungen möglichst gering zu halten.

Die Ramadama-Aktion in 2023 findet am Samstag 04.03.2023 statt. Ausweichtermin ist Samstag, 11.03.2023.

Beschluss:

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Herr Kreisrat Albert Vogler verlässt um 15:31 Uhr vorübergehend die Sitzung.

Top 8 Abfallwirtschaftssatzung (AbfWS); Klarstellung der Aufgabenübertragung an den Zweckverband MVA Ingolstadt (Empfehlungsbeschluss für den Kreistag)

Sachverhalt/Begründung

In einem Gutachten der Kanzlei GGSC Berlin zur Umsatzsteuerbefreiung der Verbrennungsgebühren beim Zweckverband Müllverwertungsanlage Ingolstadt wurde angeregt die Satzung wie folgt zu berichtigen.

Satzung von Verbandsmitglied	Geeignete Stelle zur Klarstellung der Auf- gabenübertragung an den Zweckverband	Wortlaut neu	Hinweise
LK Pfaffenhofen	§ 3 Absatz 1: (1) 1Der Landkreis ent- sorgt nach Maßgabe der Gesetze und dieser Satzung durch eine öffentliche Einrichtung die in seinem Gebiet angefallenen und ihm überlassenen Abfälle.	anfügen: ..., soweit die Aufga- ben nicht dem Zweck- verband Müllverwer- tungsanlage Ingolstadt durch die jeweils gel- tende Satzung des Zweckverbandes Müll- verwertungsanlage Ingolstadt übertragen sind.	Der Zusatz in § 1 Absatz 5 kann gestri- chen werden, da nur Begriffsbestimmung. Immerhin wird dort aber deutlich, dass eine Aufgabenüber- tragung besteht. In- soweit ist eine An- passung auch bei nächster Gelegenheit wohl ausreichend.

Beschluss:

Der Werkausschuss empfiehlt dem Kreistag die Änderungen der Abfallwirtschaftssatzung des Landkreises Pfaffenhofen, wie vorgelegt, zu beschließen.

Anwesend:	10
Abstimmung:	
Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	0

Top 9 Bekanntgaben, Anfragen

- Schiedsverfahren Mitbenutzung Wertstoffhöfe

Am 20.10.2022 wurde die Vereinbarung über die Mitbenutzung der Wertstoffhöfe unterzeichnet. Alle dualen Systeme erklären sich damit einverstanden vorerst die 2,20 € zu leisten. Ferner erklären sich 96,99 % mit deinem Schiedsgerichtsverfahren einverstanden und werden sich den neu ermittelten Entgelten unterwerfen. Lediglich eko-Punkt (3,01%) äußerte dies nur mündlich und gab keine schriftliche Erklärung hierfür ab.

- Sachstand gelbe Tonne
Terminierung wird abgewartet

Die Vorsitzende beendet die Sitzung um 15:40 Uhr.

Stellvertreterin des Landrats
Kerstin Schnapp

Werkleiterin Elke Müller

Protokollführer Gerhard Beck